

Westbeirut. Am 17. September nahm der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution an, in der gefordert wird, daß die israelischen Truppen unverzüglich aus Beirut abgezogen und die Bürgerrechte respektiert werden müssen.

Die israelischen Behörden weigerten sich jedoch in arroganter Weise, diese Resolution durchzuführen und massakrierten am 18. September kaltblütig unschuldige palästinensische Bürger, darunter Frauen und Kinder... Die internationale Gemeinschaft darf die unmenschlichen Taten der israelischen Behörden absolut nicht tolerieren..." (RMRB, 19.9.82)

Die direkte Verantwortung Israels wird in anderen Berichten dahingehend relativiert, daß die israelischen Truppen nur 200 m vom Ort des Massakers entfernt waren und die Vorgänge - wenn sie schon nicht selbst daran beteiligt waren - wenigstens hätten verhindern können (XNA, 20.9.82). Die israelischen Truppen sollten sich augenblicklich aus dem Libanon zurückziehen (RMRB, 20.9.82).

Gegen die "faschistischen Brutalitäten" der "Begin-Behörden" gebe es inzwischen eine Reihe von Maßnahmen:

- Da sei zunächst das israelische Volk selbst, das am 25. September in Tel Aviv eine machtvolle Demonstration der Empörung veranstaltet und den Rücktritt der Regierung Begin verlangt habe.

- Am 24. September habe die wiederaufgenommene 7. Dringlichkeits-Sondersitzung der UNO eine Resolution angenommen, in der Israel wegen des Massakers in Beirut mit Nachdruck verurteilt wird.

- Besonders erfreut zeigt sich China über die diesmal gelungene Arabische Gipfelkonferenz in Fez, bei der ein Acht-Punkte-Vorschlag angenommen wurde, der - wie China hofft (RMRB, 12.9.82) - endlich Einigkeit zwischen den arabischen Völkern in der PLO und der Israel-Frage stiften soll.

Am 21. September demonstrierten 200 ausländische Studenten gegen die Massaker an den Palästinensern in Beirut. Sie marschierten dabei zu den Botschaften der USA, Großbritanniens, Italiens, Frankreichs, des Libanon, der Sowjetunion, der PLO und einiger UN-Büros (XNA, 21.9.82).

-we-

INNENPOLITIK

(5)

Leiter der Zentralen Politischen Abteilung der VBA abgelöst

Der bisherige Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der Chinesischen Volksbefreiungsarmee, Wei Guoqing, ist Ende September dieses Jahres von diesem Amt entbunden und durch das Politbüro-Mitglied Yu Qiuli ersetzt worden. Dies geht aus einer Meldung der "Volkszeitung" vom 28. September 1982 hervor (vgl. XNA, 19.9.82). Die Zentrale Politische Abteilung der VBA untersteht der ZK-Militärkommission und ist innerhalb der VBA zuständig für die politische Arbeit im Sinne des jeweils gültigen Parteikurses. Sie ist deshalb für die politische Ausrichtung der Armee von zentraler Bedeutung.

Die Ablösung Wei Guoqings steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Abdruck eines Artikels in der "Zeitung der Volksbefreiungsarmee" am 28. August 1982, in dem der gegenwärtigen Parteiführung indirekt Abweichungen von der kommunistischen Ideologie und mangelnde Bekämpfung "rechter" Tendenzen vorgeworfen werden. In diesem Artikel wird die Deng-Fraktion einer Fehleinschätzung der ideologischen Hauptgefahr beschuldigt und für die zunehmende Korruption der Funktionäre und die Verschlechterung des gesellschaftlichen Klimas verantwortlich gemacht (siehe die Übersicht "VBA-Kritik am Kurs der Partei" in diesem Heft). Als Direktor der Zentralen Politischen Abteilung der VBA war Wei Guoqing zumindest formal für die Veröffentlichung dieses Artikels politisch ebenso verantwortlich wie für die erste Kritik an dem Schriftsteller Bai Hua und an der sogenannten "bürgerlichen Liberalisierung" in der "Zeitung der Volksbefreiungsarmee" am 20. April 1981. Aufgrund der VBA-Kritik an Bai Hua und den "bürgerlichen Liberalisierungstendenzen" hatte Deng Xiaoping im April dieses Jahres den Propagandachef Wang Renzhong und dessen Stellvertreter Zhou Yang opfern müssen. So bot sich nun für Deng Xiaoping eine gute Gelegenheit, den politisch unzuverlässigen Wei Guoqing (er schloß sich während der Kulturrevolution nach anfänglichem Zögern der maoistischen Fraktion an) aus der VBA-Führung zu entfernen.

sch

(6)

Sohn Ye Jianying's wurde ZK-Kandidat

Die Familie des greisen Marschalls Ye Jianying ist nach dem XII. Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas nun gleich zweimal in der zentralen Führungsschicht der KP Chinas vertreten:

- Der gebrechliche 85jährige Ye Jianying behielt trotz zahlreicher parteiinterner Rücktrittsappelle alle zuvor bereits innegehabten Parteiführungsposten: ZK-Mitglied, Politbüro-Mitglied, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros und stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission.

- Ein Sohn des störrischen Alten, der stellvertretende Gouverneur von Guangdong, Ye Xuanping, wurde zum Kandidaten des Zentralkomitees gewählt. Offenbar hatte eine Reihe von Parteitagsdelegierten an dieser Lösung des Nachfolgeproblems keinen Gefallen: Ye Xuanping landete bei den Wahlen auf Rang 122 der insgesamt 138 ZK-Kandidaten.

-sch-

(7)

Früherer Tibet-Chef Ren Rong wurde ZK-Kandidat

Der frühere 1. Parteisekretär von Tibet (1971-1978), Ren Rong, ist auf dem XII. Nationalen Parteitag der KP Chinas zum Kandidaten des Zentralkomitees gewählt worden. Obwohl dies einen politischen Abstieg darstellt (Ren Rong war zuvor Mitglied des XI. ZK gewesen), verwundert es, daß einer der Hauptverantwortlichen für die radikale Unterdrückungspolitik in Tibet überhaupt in der Parteiführungsschicht Berücksichtigung fand. Ren Rong war im Mai 1980 wegen schwerwiegender "linksabweichlerischer" politischer Fehler und Mißachtung der existentiellen Nöte der tibetischen Bevölkerung von seinem Amt als 1. Parteisekretär von Tibet entlassen worden. Darüber hinaus war ihm die Obstruktion des sozialistischen Modernisierungskurses der Deng-Fraktion vorgeworfen worden (siehe C.a., Juni 1980, S. 482 und 488). Daran konnten sich offenbar noch einige Parteitagsdelegierte erinnern, die Ren Rong bei der Wahl der ZK-Kandidaten ihre Stimme verweigerten: so landete Rong lediglich auf Rang 128 von 138 ZK-Kandidaten - die Aussicht, innerhalb der nächsten fünf Jahre als ordentliches Mitglied ins ZK nachzurücken, sind daher denkbar gering.

-sch-

(8)
Bruder Deng Xiaopings
wieder abgesetzt
- Regierungsumbildung
in Hubei

Deng Ken, ein Bruder Deng Xiaopings, ist sieben Monate nach seiner Ernennung zum stellvertretenden Gouverneur der Provinz Hubei von diesem Posten wieder abgesetzt worden (Radio Hubei, 21.8.82, nach SWB, 25.8.82; vgl. C.a., Februar 1982, Ü 8). Die Ablösung von Deng Ken geschah im Rahmen einer größeren Umbildung der Provinzregierung auf der 17. Sitzung des Ständigen Ausschusses des V. Volksgongresses der Provinz Hubei:

- Zusammen mit Deng Ken verloren sechs weitere stellvertretende Gouverneure ihr Amt, während stattdessen nur ein neuer Vize-Gouverneur berufen wurde.

- Der bisherige Gouverneur Han Ningfu wurde aus diesem Amt entlassen und durch Huang Zhizhen als "amtierender Gouverneur" ersetzt. Huang war bereits seit Januar 1980 Vize-Gouverneur der Provinz Hubei und wurde im September 1982 auf dem XII. Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas erneut als Mitglied in das Zentralkomitee gewählt.

sch

(9)
Neuer 1. Parteisekretär
in Jiangxi

Neuer 1. Parteisekretär der Provinz Jiangxi wurde der bisherige Gouverneur Bai Dongcai, gleichzeitig Mitglied des neugewählten XII. Zentralkomitees der KP Chinas (Xinhua, 5.9.82, nach SWB, 10.9.82). Sein Vorgänger Jiang Weiqing wurde auf dem XII. Parteitag der KPCh in die Zentrale Betrückerkommission abgeschoben. "Amtierender Gouverneur" und damit Nachfolger von Bai Dongcai wurde der bisherige Vize-Gouverneur von Yunnan, Zhao Zengyi (Radio Jiangxi, 26.9.82, nach SWB, 2.10.82).

sch

(10)
Erneute Selbstkritik der
Provinzführung von Hunan
wegen "linker" Fehler

Der 1. Parteisekretär der Provinz Hunan, Mao Zhiyong, hat im September 1982 erneut Selbstkritik wegen "linker" politischer Fehler bis in das Jahr 1981 hinein geübt. Im Namen des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees von Hunan trug er diese Selbstkritik sowohl vor dem XII. Nationalen Parteitag der KPCh als auch

vor einer erweiterten Tagung des Provinzparteikomitees vor: Vor der 3. Plenartagung des XI. ZK im Dezember 1978 habe man fälschlicherweise einen Personenkult um den damaligen Parteivorsitzenden Hua Guofeng aufgebaut. Darüber hinaus sei man von der Theorie der "Zwei-was-auch-immer" gefangen gewesen ("Was auch immer der Vorsitzende Mao an politischen Entscheidungen getroffen hat, verteidigen wir entschlossen. Was auch immer der Vorsitzende Mao an Weisungen herausgegeben hat, befolgen wir von A bis Z, ohne davon abzuweichen."). Auch nach der 3. Plenartagung sei man von der "linken" Ideologie beeinflusst gewesen und habe deshalb den im Dezember 1978 neu beschlossenen Kurs nicht richtig oder nur halbherzig durchgesetzt. Erst als Ende 1980 das Zentralkomitee der Partei die Initiative ergriffen und 1981 dabei "geholfen" habe, die politischen Führungsorgane der Provinz Hunan von der Kreisebene an aufwärts von den Einflüssen der "linken" Ideologie zu säubern, habe sich die Arbeit der Provinzparteioorganisation grundlegend geändert. (Xinhua, 5.9.82, nach SWB, 10.9.82; RMRB, 28.9.82; vgl. C.a., Februar 1982, Ü 22 und C.a., März 1981 Ü 10 u. 11) Angesichts derart schwerwiegender politischer Versäumnisse ist es erstaunlich, daß sich Mao Zhiyong bis heute als Parteichef von Hunan halten konnte. Auf dem XII. Nationalen Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas im September wurde er sogar wieder als Mitglied in das Zentralkomitee gewählt.

sch

(11)
Hohe Haftstrafen für
maoistische Links-
radikale

Die Verurteilung von insgesamt siebzehn Anhängern der "Viererbande" zu Haftstrafen zwischen fünf und zwanzig Jahren wurde in verschiedenen Provinzmedien im August und September dieses Jahres bekanntgegeben. In Shanghai, der früheren Hochburg der maoistischen Linken, wurden allein acht Politiker abgeurteilt, die ihre Karriere der Kulturrevolution zu verdanken haben, darunter unter sogar zwei ZK-Mitglieder. Insgesamt liegen aus folgenden vier Städten Berichte über die strafrechtliche Verfolgung von Anhängern der "Viererbande" vor:

In Harbin, der Hauptstadt der Provinz Heilongjiang, wurden im April 1982 vier frühere gewalttätige Rotgardisten zu Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren

verurteilt. Unter ihnen befand sich der frühere stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees von Heilongjiang (heute vergleichbar mit dem Posten eines Vize-Gouverneurs), Nie Shirong, der zu acht Jahren Haft und dem Verlust der politischen Rechte für drei weitere Jahre verurteilt wurde (Radio Heilongjiang, 19.9.82, nach SWB, 21.9.82; Heilongjiang Ribao, 18.9.82, nach SWB, 2.10.82).

In Wuhan, der Hauptstadt der Provinz Hubei, wurden am 28. Juli 1982 vier maoistische Linksradikale zu Haftstrafen zwischen dreizehn und zwanzig Jahren verurteilt. Ihnen wurden "schwerwiegende konterrevolutionäre Verbrechen", darunter Aktivitäten zum Sturz der Regierung und die Verfolgung Andersdenkender, zum Vorwurf gemacht. Unter den Verurteilten befanden sich zwei frühere stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees der Provinz Hubei (Radio Hubei, 25.9.82, nach SWB, 2.10.82).

In Shanghai, wurden am 21. und 23. August 1982 acht linksradikale Maoisten zu Haftstrafen zwischen vierzehn und achtzehn Jahren verurteilt. Die Angeklagten wurden unter anderem für schuldig befunden, während der Kulturrevolution eine große Anzahl von Menschen mit Todesfolge oder irreparablen körperlichen und seelischen Schäden mißhandelt und nach dem Sturz der "Viererbande" einen bewaffneten Aufstand vorbereitet zu haben. Bei den Verurteilten handelt es sich um die Führer der kulturrevolutionären Linken in Shanghai, darunter die beiden früheren ZK-Mitglieder Xu Jingxian und Wang Xiuzhen sowie die beiden Shanghaier Gewerkschaftsführer Chen Ada und Ye Changming. Ma Tianshui, der sich während der Kulturrevolution auf die Seite der maoistischen Linken geschlagen und seit 1973 den in die oberste Parteiführung aufgestiegenen Zhang Chunqiao im Amt des 1. Parteisekretärs und Vorsitzenden des Revolutionskomitees von Shanghai vertreten hatte, wurde nicht vor Gericht gestellt, da er 1978 während der Haft an reaktiver Psychose erkrankte und bis heute verteidigungsunfähig ist. In Kommentaren des Shanghaier Rundfunksenders und der Shanghaier Tageszeitung "Wen Hui Bao" hieß es übereinstimmend, daß in Shanghai der politische und personelle Einfluß der "Viererbande" immer noch nicht vollständig beseitigt sei. Anhänger der "Viererbande" würden nach wie vor im trüben fischen, Sabotageakte ausführen und Unruhe stiften, um ein Comeback zu

versuchen. Beide Medien warnten davor, den Kampf gegen Überreste der maoistischen Linken zu vernachlässigen: man müsse sich eindeutig darüber im klaren sein, daß noch ein langwieriger und komplizierter Kampf bevorstehe (Radio Shanghai, 28.8.82, nach SWB, 31.8.82; Wen Hui Bao, 29.8.82; vgl. Zhengming, Nr.60, S.26-27). Folgerichtig forderte die "Wen Hui Bao" am 12. September 1982 die Säuberung aller Parteiführungsorgane in Shanghai von Anhängern der sog. "Viererbände".

In der Stadt Jinzhou (Provinz Liaoning) wurde am 28. August der frühere stellvertretende Stadtparteisekretär und stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees, Jing Decun, zu zwanzig Jahren Haft verurteilt. Jing soll sich während der Kulturrevolution als Rotgardistenführer durch Gewalttaten an die politische Macht gebracht haben (Radio Liaoning, 26. bis 28.8.82, nach SWB, 31.8.82; Liaoning Ribao, 30.8.82, nach SWB, 21.9.82).

-sch-

(12)

Alle führenden Mitglieder der "Lin-Biao-Clique" aus der Haft entlassen

Auf dem traditionellen Empfang zur Feier des Gründungstages der Volksrepublik China hat der stellvertretende Generalstabschef Wu Xiuquan am 30. September 1982 gegenüber ausländischen Journalisten bekanntgegeben, daß alle sechs im Januar 1981 zu hohen Haftstrafen verurteilten Mitglieder der "konterrevolutionären Lin-Biao-Clique" bereits vor einiger Zeit aus der Haft entlassen worden sind. Begründet wurde diese Maßnahme mit dem schlechten Gesundheitszustand des früheren Sekretärs von Mao, Chen Boda, und der fünf Militärführer Huang Yongsheng, Wu Faxian, Li Zuopeng, Qiu Huizuo und Jiang Tengjiao. General Wu Xiuquan, der die Haftentlassung als einen Akt des "revolutionären Humanismus" bezeichnete, gab außerdem bekannt, daß die fünf Militärs in Armeehospitälern eingeliefert worden seien, während sich Chen Boda in einem zivilen Krankenhaus befände (AFP, 30.9.82, nach MD, 1.10.82; Le Monde, 2.10.82). Bereits Anfang Dezember 1981 hatte die Hongkonger Zeitung "Xin Wan Bao" die Entlassung von Chen Boda und Wu Faxian aus der Haft gemeldet (siehe C.a., Dezember 1981, Ü 19). Die "Viererbände" um die Mao-Witwe Jiang Qing ist jedoch nach wie vor in Haft, wie Wu Xiuquan ge-

genüber den ausländischen Journalisten betonte. Im Juli und August hatten die beiden KP-Führer Peng Zhen und Hu Yaobang bereits erklärt, daß Jiang Qing trotz der gegen sie verhängten Todesstrafe und ihres nach wie vor "volksfeindlichen" Verhaltens nicht hingerichtet werde (siehe C.a., August 1982, Ü 8; AFP, 31.8.82, in MD, 1.9.82; Le Monde, 1.9.82). Die Entlassung aller Mitglieder der sog. "Lin-Biao-Clique" aus der Haft und die Nichtvollstreckung des Todesurteils gegen Jiang Qing stellen möglicherweise taktische Maßnahmen zur Besänftigung der "linken" bzw. maoistischen Kräfte (insbesondere innerhalb der Armee) vor dem XII. Parteitag dar.

sch

(13)

Gewerkschaftsführer befürwortet Streichung des Streikrechts aus der Verfassung

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua hat der stellvertretende Vorsitzende des Nationalen Gewerkschaftsverbands Chinas, Gu Dachun, die bevorstehende Streichung des Streikrechts aus der Verfassung (siehe den Ende April 1982 vorgelegten Verfassungsentwurf, Kapitel II) ausdrücklich begrüßt (XNA, 26.8.82). Als Begründung führte er folgende Punkte an:

1. Da China ein "von der Arbeiterklasse geführter sozialistischer Staat" sei, fielen die Interessen von Staat und Arbeiterklasse zusammen.

2. Wenn trotzdem einmal die Rechte der Arbeiter von "bürokratischen Betriebsleitern" verletzt würden, gebe es andere Wege und Mittel als den Streik, um die Rechte und Interessen der Arbeiter zu schützen: Die Volkskongresse, die Direktwahlen zu den Volksvertretungen bis zur Kreisebene, die Einschaltung der Presse, Beschwerdebriefe und die Arbeiterkongresse in den Betrieben.

3. Ein Verfassungsartikel, der die Freiheit des Streiks garantiere, habe nur einen "geringen praktischen Wert", da es auch in der jüngsten Zeit zu Streiks gekommen sei. Diese auf den ersten Blick recht merkwürdig klingende Begründung kann nur so verstanden werden, daß Gu Dachun offenbar den Ende April 1982 veröffentlichten Verfassungsentwurf bereits als de facto geltendes Recht betrachtet (In diesem Verfassungsentwurf wird die Freiheit des Streiks nicht mehr als Grundrecht

eingedrängt) und nicht die formal noch gültige Verfassung von 1978 (in der die Freiheit des Streikrechts noch gewährt wird). Gus Aussage mithin: Auch wenn die Freiheit des Streiks verfassungsmäßig nicht gewährt wird, kann es zu Streiks kommen, und deshalb braucht das Streikrecht auch nicht verfassungsmäßig eingeräumt werden. Hier offenbart sich eine fürwahr spezifische Rechtsauffassung. Folgt man der durchaus zutreffenden Argumentation, daß in China Verfassungsartikel, die Grundrechte wie das des Streiks einräumen, nur einen "geringen praktischen Wert" haben, dann wäre es nur folgerichtig, auch die anderen Grundrechte aus der Verfassung zu streichen - auch sie gelten nämlich für das Volk nur in dem Maße, wie es die Willkür der Parteifunktionäre gerade zuläßt.

4. Das Fehlen eines Verfassungsartikels, der den Bürgern die Freiheit des Streiks einräume, sei - so Gu Dachun - nicht gleichbedeutend mit einem Verbot von Streiks. Auch würde es nicht bedeuten, daß alle Streiks illegal seien. - So wird denn wie bisher das zuständige Parteikomitee darüber entscheiden, ob ein Streik legal oder illegal ist.

-sch-

(14)

Erste Erfolge bei der Bekämpfung der Kriminalität

Die Anzahl der in der Volksrepublik China in den ersten sechs Monaten des Jahres 1982 begangenen Straftaten soll im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 16,7% zurückgegangen sein (RMRB, 2.9.82). Gegenüber den letzten sechs Monaten des Jahres 1981 verringerte sich die Kriminalitätsrate in der Zeit von Januar bis Juni 1982 um 13,9%. Sollten diese Angaben stimmen, bedeuten sie, daß die seit 1978 ständig steigende Zahl der Straftaten im 1. Halbjahr 1982 erstmals verringert werden konnte. Der Rückgang der Straftaten ist möglicherweise auf die Mitte 1981 eingeleiteten Maßnahmen zur besseren Bekämpfung bzw. Vorbeugung von kriminellen Handlungen zurückzuführen (siehe C.a., Juni 1981, Ü 9 u. S.366). Angaben des damaligen ZK-Sekretärs und heutigen Politbüromitgliedes Hu Qiaomu vom Februar 1982 zufolge soll sich die Anzahl der jährlichen Straftaten von 1978 bis 1981 insgesamt um 57,9% und jährlich um durchschnittlich 16,5% erhöht haben (nach: Zhengming, Nr.60 v.1.10.82, S.13).

-sch-

(15) Bevölkerungswachstum

Die chinesische Familienplanungspolitik geht von dem Ziel aus, die "Endbevölkerung" des Landes nicht über 1,2 Milliarden anwachsen zu lassen. Ein solches Ziel erscheint angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtige Bevölkerung bereits knapp 1,1 Milliarden erreicht hat, nicht sehr realistisch. Dennoch, selbst wenn die vorgesehenen Programme zur Familienplanung erfolgreich sind, muß China bis zum Jahre 1990 mit einem jährlichen Geburtenzuwachs von rd. 19 Millionen rechnen. Dies ist vor allem auf die Tatsache zurückzuführen, daß rd. 63% der gegenwärtigen Bevölkerung nach 1949 geboren sind und daher ein Großteil der Bevölkerung z.Z. ins Heiratsalter kommt. Der Anstieg der Bevölkerung im Heiratsalter wird erst 1990 seinen Gipfel erreichen (RMRB, 23.8.82).

-ma-

(16) Panchen Lama beendet Tibet-Besuch

Der Panchen Lama beendete am 24. August 1982 seine siebenwöchige "Inspektionsreise" durch Tibet, die er am 3. Juli angetreten hatte (siehe C.a., Juli 1982, Ü 14). Zum Abschluß seines Tibet-Besuches spendete der Panchen Lama offizielle chinesische Quellen zufolge großes Lob für die neue chinesische Tibet-Politik, die Ende Mai 1980 verkündet worden war (siehe C.a., Juni 1980, S.481 ff; vgl. C.a., Juli 1980, S.579 ff). Der Panchen Lama zeigte sich angeblich zutiefst beeindruckt darüber, daß das Problem der Ernährung und Kleidung der Bevölkerung nunmehr im wesentlichen gelöst worden sei. Einer Reihe von Kreisen und Produktionsgruppen sei es sogar gelungen, den Zustand der Armut zu überwinden. Der Panchen Lama verurteilte Autonomiebestrebungen mit dem Ziel der Schaffung eines unabhängigen Tibet. Forderungen nach "sog. Unabhängigkeit Tibets" seien abgedroschene Phrasen. Die Sache der Sezession sei lange zuvor endgültig gescheitert. Der zweithöchste geistliche Führer Tibets soll außerdem erklärt haben, daß die Glaubensfreiheit als Bestandteil der neuen Religionspolitik in Tibet nach und nach verwirklicht worden sei. Dem 1. Parteisekretär von Tibet, Yin Fatang, zufolge soll sich der Panchen Lama sogar für das Ende der tibetischen Mönchsweihen ausgesprochen haben (Xinhua, 24.8.82, nach SWB, 2.9.82; Radio Tibet, 25.8.82, nach SWB, 31.8.82).

Nach Ansicht der tibetischen Exilregierung des Dalai Lama in Dharamsala handelte es sich bei dem Tibet-Besuch des Panchen Lama um einen chinesischen Propaganda-Schwindel. In einer Erklärung vom 20. Juli wurde die chinesische Regierung beschuldigt, den Panchen Lama zu benutzen, um "die Welt zu täuschen und die grundlegenden Probleme in bezug auf Tibet zu verfälschen" (nach AFP, 20.7.82, in MD, 22.7.82). In einer Erklärung des Büros des Dalai Lama in Neu Delhi wurde die Ansicht vertreten, daß die von den offiziellen chinesischen Medien verbreiteten angeblichen Äußerungen des Panchen Lama entweder erfunden oder entstellt worden seien. Darüber hinaus wurde die chinesische Regierung in dieser Erklärung beschuldigt, die Bevölkerung von Tibet daran zu hindern, frei mit dem Panchen Lama zusammenzutreffen: "Wir besitzen Berichte aus zuverlässigen Quellen, daß die chinesischen Behörden in Tibet die Bevölkerung in der Tat vor dem Besuch des Panchen Rinpoche eindringlich davor warnten, ihn offen willkommen zu heißen oder ihn während seines Aufenthaltes in Tibet persönlich zu treffen. Verstöße würden mit der Einbuße der Rationen eines Monats und mit der Bestrafung wegen der Mißachtung von Vorschriften geahndet. Angesichts dessen ist es fraglich, ob es den Panchen Rinpoche wirklich gestattet ist, frei und offen mit der allgemeinen Bevölkerung zu sprechen, um sich während seines Besuches ein Bild von den tatsächlichen Bedingungen in Tibet zu machen." (ebd.)

sch

(17) Alte uigurische und kasachische Schrift in Xinjiang wiedereingeführt

Der Ständige Ausschuß des Volkskongresses des Autonomen Gebietes der Uighuren in Xinjiang hat beschlossen, die traditionelle Schrift der Uighuren und Kasachen, die am 1.8.1976 offiziell abgeschafft worden war, wieder einzuführen. Bei der traditionellen Schrift, so heißt es in der Meldung, handelt es sich um eine Art Buchstabenschrift, die auf dem Arabischen fußt und im 11. Jahrhundert zusammen mit dem Islam nach Xinjiang gelangte. Im Jahre 1965 hatten die Xinjianger Behörden eine neue, auf lateinischen Buchstaben beruhende Schrift eingeführt, die dann am 1. August 1976 offiziell im ganzen Autonomen Gebiet zur Anwendung kam (vgl. C.a. 1976/9, Ü 30). In den sechs Jahren, die seitdem

vergangen sind, so mußte der Ständige Ausschuß jetzt feststellen, haben die meisten Uighuren und Kasachen die neue Schrift verweigert. Aus diesem Grunde sah man sich veranlaßt, die alte Schrift wiedereinzuführen, wobei die neue Schrift als eine Art Ergänzung zu Studienzwecken bestehen bleiben soll (XNA, 20.9.82).

Diese Nachricht ist ein Zeichen dafür, in welchem Maße sich die nationalen Minderheiten in China den Sinsierungsbestrebungen der Zentrale zu widersetzen und ihre eigene Identität zu wahren suchen. Zwar besitzen die autonomen Gebiete in kultureller Hinsicht Autonomie, doch ist es wenig wahrscheinlich, daß wichtige kulturelle Maßnahmen ohne Mitwirkung der Zentrale durchgeführt werden. So scheint denn die Zentrale zur Zeit gewillt zu sein, den auf chinesischem Boden lebenden Nationalitäten mehr kulturelle Eigenständigkeit zuzugestehen, als dies in der kulturrevolutionären Phase der Fall war. Dem Ziel der Vereinheitlichung der Schriften aller in China lebenden Völker ist nun ein Riegel vorgeschoben worden. Den Uighuren und Kasachen geht es darum, nicht von ihrem kulturellen Erbe abgeschnitten zu werden und die kulturellen Bindungen zu ihren ethnischen Brüdern jenseits der Grenze auf sowjetischen Boden zu halten.

-st-

VERTEIDIGUNG

(18) VBA-Kritik am Kurs der Partei

Die "Zeitung der Volksbefreiungsarmee" veröffentlichte am 28. August 1982, d.h. unmittelbar vor dem XII. Nationalen Parteitag der KP Chinas, einen Artikel von Zhao Yiya (wahrscheinlich stellvertretender Direktor der Propagandaabteilung der Zentralen Politischen Abteilung der VBA), in dem der gegenwärtigen Parteiführung eine Fehleinschätzung der ideologischen Hauptgefahr und - als deren Folge - das Aufkommen bürgerlicher Liberalisierungstendenzen, das Entstehen eines dekadenten Arbeitsstils der Partei und die Verschlechterung des sozialen Klimas vorgeworfen werden (siehe SWB, 1.10.82). In dem Artikel kritisiert der Autor ausschließlich die Partei wegen weitverbreiteter ideologischer Aufweichungstendenzen, während der Armee nur Lob gezollt wird. Zhao Yiya warnt davor, daß ein hohes